

Maduros Wirtschaftskrieg

Venezuelas Detailhändler unter Beschuss

Tjerk Brühwiller, São Paulo 7.2.2015



Venezuelas Präsident Nicolás Maduro verhängt repressive Massnahmen gegen die Detailhändler in Venezuela.
(Bild: Reuters)

Mit dem tiefen Ölpreis geht Venezuela das Geld für wichtige Importprodukte aus. Präsident Maduro sieht die Schuld jedoch bei den Detailhändlern – und ergreift Massnahmen gegen sie.

An gewissen Tagen wachsen die Schlangen vor Venezuelas Supermärkten und Apotheken auf mehr als einen Kilometer an. Wo es keine Schlangen gibt, gibt es auch nichts zu kaufen. Der Mangel an Produkten des täglichen Bedarfs, der inzwischen jedes dritte Grundnahrungsmittel und jedes zweite Medikament umfasst, ist das Gesprächsthema Nummer eins in Venezuela und der Bevölkerung grösste Sorge geworden.

Firmendirektoren verhaftet

Schuld an den Warteschlangen und am wachsenden Unmut in der Bevölkerung seien die Detailhändler, glaubt Präsident Nicolás Maduro. Sie steckten mit der Opposition und den Imperialisten unter einer Decke und führten einen «Wirtschaftskrieg» gegen seine Regierung. Seit seinem Amtsantritt spricht Maduro davon. In den vergangenen Tagen hat er den Diskurs wieder aufgegriffen und repressive Massnahmen verhängt. Eine besteht in der vorübergehenden Besetzung der Supermarktkette Día a Día durch Kontrolleure der Regierung. Darüber hinaus wurden mehrere Direktionsmitglieder der Supermarktkette verhaftet und verhört. Es gebe Hinweise darauf, dass das Unternehmen Produkte aus spekulativen Zwecken zurückhalte, lautet die Erklärung. Die Besetzung stütze sich auf das Gesetz zur Nahrungsmittelsicherheit und sei verfassungskonform.

Harte Anschuldigungen hat Maduro auch gegen die populärste Apotheken-Kette Venezuelas, Farmatodo, vorgebracht. Diese wird des Boykotts und der wirtschaftlichen Destabilisierung beschuldigt. Bei einer Kontrolle sei festgestellt worden, dass trotz den langen Schlangen vor den Geschäften nur ein Teil der Kassen in Betrieb gewesen sei, lautet die Begründung. Zudem seien Unregelmässigkeiten beim Vertrieb der Produkte festgestellt worden. Die Firmenspitze wurde festgenommen und wird vom Inlandgeheimdienst verhört. Die Beschuldigungen gehen so weit, dass Farmatodo gar vorgeworfen wird, Medikamente zu höheren Preisen auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen.

Seit Monaten leidet Venezuela unter Versorgungsengpässen. Mit dem Fall des Ölpreises hat sich die Situation noch verschärft. Da 96% der Exporteinnahmen Venezuelas aus dem Ölhandel stammen, fehlen dem Staat zusehends die Dollarreserven. Auch die Geldgeber im Ausland – allen voran China – werden zurückhaltender mit ihren Finanzspritzen. Dabei hätte Venezuela heute die Dollars nötiger denn je. Mehr als 70% der in Venezuela benötigten Lebensmittel stammen aus dem Ausland. Auch Medikamente und von Spitälern benötigte Materialien werden vorwiegend importiert. Auch die Industrie kommt kaum noch an Komponenten aus dem Ausland.

Abwertung des Bolívar?

Die Importeure sind dabei von der Regierung abhängig, welche den Devisenhandel kontrolliert und Dollars je nach Gütern zu drei unterschiedlichen Kursen freigibt. Um den Import von Lebensmitteln zu begünstigen, erhalten Lebensmittelimporteure den Dollar zum stark subventionierten Kurs von Bol. 6.30. Für andere Produkte liegt der Kurs bei 12 Bol. oder 52 Bol. Auf dem Schwarzmarkt werden bis zu 180 Bol. pro Dollar geboten. Trotz der Überbewertung der Landeswährung liegt die Inflation in Venezuela bei 64%. Um die Devisennot abzufedern, zieht die Regierung nun eine Lockerung des Wechselkursregimes in Betracht, was eine Abwertung des Bolívar bewirken würde. Die Regierung spricht gar von einer teilweisen Freigabe des Devisenhandels. Zudem soll der stark subventionierte Benzinpreis im Laufe des Jahres erhöht werden. Es wäre ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Der Diskurs vom Wirtschaftskrieg wird dennoch weitergehen, denn er hilft der Regierung, vom eigenen Versagen abzulenken.